

Kapitel

Initiator*innen: LAG Frauenpolitik (dort beschlossen am: 24.10.2022)

Titel: Ä450 zu WP1: Was der Mensch braucht

Text

Von Zeile 471 bis 473:

Wir lehnen die Kriminalisierung von **Schwangerschaftsabbrüchen** ab und ~~setzen~~ ansfordern auf Bundesebene eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches als Ersatz für die Streichung von § 218 ein StGB. Damit einhergehend fordern wir, aus der Verpflichtung zur Beratung ein Recht auf Beratung zu machen und die dreitägige Wartepflicht abzuschaffen. Die Versorgung mit medizinisch sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist gefährdet. Wir fördern eine

Begründung

Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafgesetzbuch und der §218 gehört gestrichen. Wir sollten aber auch dazu sagen, dass dies natürlich die Beratungspflicht nach §218a mit einschließt und dass wir ein Beratungsangebot für alle Schwangere, die diese in Anspruch nehmen wollen, sicherstellen werden. Deshalb möchten wir diese Passage entsprechend der BDK Beschlusslage vom 15.10.22 ergänzen.